Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 96. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 25. April 1933. | 15. Jahrgang.

Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Uebel und verbreitet es weiter und weiter.
Goethe.

„Ich will was verdienen".

Von Boersing-Kierspe.

Ein begabter junger Mann bemüht sich seit drei Jahren um eine kaufmännische Lehrstelle. Er wurde überall abgewiesen, fast immer mit der Begründung, daß nur weibliche Lehrkräfte eingestellt würden. Nun trifft er jüngst auf der Straße einen behäbigen Bürgersmann, den Vater eines Mädchens, das ihm, als er sich um einen Posten auf der Schreibstube einer Fabrik bewarb, vorgezogen wurde. Der Mann ist gut aufgelegt, er fragt, wie es gehe, und anwortet dann auf eine Gegenfrage, daß es der Tochter auch gut gehe. Sie mache gegenwärtig die Tanzstunde mit und wolle sich nächstens verloben, würde aber wohl noch ein paar Jährchen ihre Stelle festhalten. Denn ihre Lehrzeit läge ja nun hinter ihr und jetzt gäbe es natürlich mehr als nur ein Taschengeld, so solle sie sich noch die Aussteuer verdienen.

„Mutter, nun weiß ich, wie man Kommunist wird!" In Zorn und Bitterkeit und Groll stand der junge Mensch vor der Mutter. „Ist das denn möglich, daß einer um ein paar Möbel, um einer Truhe voll Wäsche und Kleider willen nicht nur um seine Jugend, sondern auch um das Schaffen eines ganzen Lebens betrogen werden kann? Daß ein ehrliches Wollen, ein tüchtiges Können beiseite gedrückt und vielleicht erdrückt wird, weil ein eitles Ding das Tanzen lernen will?" Die Mutter in ihrer Not geht zu einem Freund: „Nun weiß ich mir keinen Rat mehr. Kann Bethel meinem Sohn nicht helfen?" Der Freund schreibt an die Verwaltung der Staumühle.

Das ist ein in allen Zügen treu der Wirklichkeit entnommenes Bild unserer Tage. Und wer das Leben kennt, der weiß, daß es nicht vereinzelt steht.

Die Not unserer Jugend ist ohne Frage eine der schlimmsten Auswirkungen des Krieges und der verkehrten Staatsführung der Nachkriegszeit. Und was ein Jahrzehnt versäumt hat, das läßt sich nicht von heute auf morgen wieder gutmachen. Die Maßnahmen unserer Regierung bekunden ja eindeutig, daß sie das Wohl aller Volkskreise erstrebt, es muß sich aber jeder vaterländisch denkende Mann mit seinen Taten hinter sie stellen, besonders dort, wo es gilt, den jungen deutschen Menschen den Weg in das Leben zu bahnen. Der Vorsteher einer Behörde in der ihm unterstellten Verwaltung, der Kaufmann oder Fabrikherr in seinem Geschäft, der Handwerker in seiner Werkstatt — lasse jeder in seinem Bereich Gerechtigkeit und Weisheit walten, daß nicht der Groll, die Verbitterung und auch die äußerliche Not des Volkes noch größer werden. Das sollte selbstverständlich sein, aber immer wieder wird es vergessen, daß das Vaterland eine Menschengemeinschaft ist, und daß man dem Ganzen hilft, wenn man dem Einzelnen beispringt. Wo gibt es eine Stadt, eine größere Gemeinde, wo nicht die Tochter eines vor aller Not geschützten Mannes dem Sohn eines Erwerbslosen vorgezogen wird, wo nicht hungernde achtzehn- und zwanzigjährige junge Leute, beseelt von dem Drang, auch etwas Rechtes zu lernen, um einst ihren Gaben gemäß wirken zu können, in Grimm und Schmerz abseits stehen, beiseite gedrängt von Vierzehnjährigen, die „was verdienen wollen"?

Laut durch das deutsche Land ist jetzt der Ruf erschollen: das Ganze kehrt! Aber das Hissen der Hakenkreuzfahnen allein tut es nicht. Das Ganze kehrt, das heißt doch: jeder. Die Schicksalsstunde unseres Volkes kann nur dann eine Schicksalswende werden, wenn wir endlich erkennen, daß wir eine Schicksalsgemeinschaft sind. Redet nicht alles, was über die Pläne der Kommunisten hier bei uns bekannt geworden ist, eine erschütternde Sprache? Es ist ja erklärlich, wenn heute die in den Nöten ihres eigenen jammervollen Lebens Abgestumpften in Bitterkeit und Hohn fragen: Soll ich meines Bruders Hüter sein? Daß aber auch je und je mit irdischem Gut gesegnete Leute dieselbe Frage stellen konnten und noch stellen, das ist und bleibt eine der tiefsten Ursachen allen Erdenjammers.

In einem großen Fabrikunternehmen einer westfälischen Industriestadt werden keine Lehrlinge eingestellt, deren Väter Kommunisten sind. Aber als in einem Städtchen des Sauerlandes jüngst nach dem Reichstagsbrand die Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn von ihrem Stationsvorsteher mit der Begründung, daß es ihnen fortan nicht möglich sei, mit solchen Leuten zusammenzuarbeiten, die Entlassung von zwei jungen Kommunisten forderten, ist ihrem Ersuchen nicht entsprochen worden. „Gerade weil sie Kommunisten sind, müssen sie bleiben," entschied der kluge Vorsteher.

Und der Erfolg, hier wie dort? Als die beiden Roten hörten, daß ihr Vorgesetzter, ein nationaler Mann, schützend die Hand über sie gehalten habe, haben sie sich noch an demselben Tage aus der kommunistischen Partei abgemeldet. Jener Fabrikant aber, der die unschuldigen Knaben die Sünden, vielleicht auch nur den Irrtum ihrer Väter büßen läßt, wird sich nicht wundern dürfen, wenn er fortan auch von Leuten, die durchaus keine Umstürzler und Feinde des Vaterlandes sind, ein Kommunistenmacher genannt wird. Denn eine kommunistische Partei wird es immer geben. Zu tief verankert liegt in der Menschenbrust das Sehnen nach einem bescheidenen Erdenglück, als daß sich die Enterbten und von den Gütern des Lebens Ferngehaltenen nicht immer wieder zu einer Kampfgemeinschaft zusammenfinden sollten.

Wilhelm Schreiner schreibt einmal, aus „bitterstem Erkennen" heraus, daß, im kleinen wie im großen, Hilfe nie zustande kommt, solange Abgründe klaffen, Abgründe zwischen Mensch und Mensch, Stand und Stand, Abgründe im ganzen weiten deutschen Land.

Wer unsere stinkenden und verpesteten Großstadthöhlen, die mit anderen menschlichen Wohnungen nur noch den Wetterschutz des Daches und der Wände gemeinsam haben, wer die Obdachlosenasyle kennt, wie dort jeden Abend, wenn die Türen geöffnet werden, um jeden Strohsack, um jede hölzerne Pritsche gekämpft wird, wie sich die später Kommenden ohne Decke auf den nackten Fußboden legen, hungernd, frierend, mit einem Ausblick auf ein Morgen, das vielleicht noch dunkler und trostloser sein wird als es das Heute gewesen ist — der findet es ganz selbstverständlich, daß es Kommunisten gibt. Und daß sich auch eine weglose, achtzehnjährige Jugend an solche Stätten des Grauens drängt, das ist eine furchtbare Anklage für jeden, der an verantwortlicher Stelle steht und einem jungen, geplagten Weggenossen die Last des Lebens leichter machen kann, es aber noch nicht tut. Wer trägt die schwerste Bürde? Dem muß zuerst geholfen werden. Entbehrliche Annehmlichkeiten des einen dürfen nicht mehr bezahlt werden mit dem Elend des andern.

In einem westfälischen Dorf sind jüngst 21 Kinder aus der Schule entlassen worden. Von den 10 Knaben kommt einer in die kaufmännische Lehre, zwei in die Fabrikschlosserei, einer soll das Anstreicher- und einer das Bäckerhandwerk erlernen. Die übrigen fünf, z. T. Kinder erwerbsloser Eltern, fanden kein Unterkommen. Von den elf Mädchen aber kommen nicht weniger als vier auf Fabrikkontore. Die Väter dieser vier haben jeder sein gesichertes Auskommen. Der Pfarrer des Ortes fragte die Mädchen in der Kinderlehre, weshalb sie aufs Kontor wollten. Die beiden ersten hatten jedes dieselbe Antwort: „Ich will was verdienen", das dritte meinte: „Mutter sagt, auf einem Kontor, das wäre feiner als in einem Laden," und nur das letzte sagte: „Ich möchte etwas lernen." Alsbald sagte der Pfarrer auf der Kanzel, was er sagen mußte. Aber wo bleibt das Verantwortungsbewußtsein und die Wegweisung der Eltern? Stärker als die Unterweisung des Lehrers ist Vorbild und Mahnung von Vater und Mutter.

„Ich will was verdienen." Ja. Aber nur Gerechtigkeit erhöht u. erhält ein Volk. Eigennutz darf nicht länger vor Gemeinnutz gehen.

„Alle für alle" und „Jedem das Seine", in diesen beiden Polen wird der deutsche Sozialismus der Zukunft sich verankern müssen. Auch das ist ein Wort Wilhelm Schreiners.

Neue Staatssekretäre in Preußen

Berlin, 24. April.

Der Staatssekretär im preußischen Finanzministerium Schleusener wird auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Das Mitglied des Reichstags Koerner wird zum Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums ernannt.

Der Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums Dr. Landfried wird in gleicher Eigenschaft in das preußische Finanzministerium versetzt.

Der bisherige Leiter des Amtlichen Preußischen Pressedienstes, Oberregierungsrat von Bose, tritt zum Stabe des Vizekanzlers von Papen über. An seiner Stelle ist der persönliche Referent des Ministerpräsidenten Göring im preußischen Innenministerium, Oberregierungsrat Martin H. Sommerfeldt, zum Leiter des Amtlichen Preußischen Pressedienstes ernannt worden.

Rückkehr zum Tauschhandel?
Nein, vorwärts zur Rechenwirtschaft.

Von Dr. Gg. Friedr. Muth.

In seiner „Deutschen Wochenschau" (Nr. 11, 10. Jg.) betont Feder mit Recht, daß die Frage der Arbeitsbeschaffung heute „als die Frage aller Fragen im Mittelpunkt aller Staats- und Wirtschaftspolitik stehe"; er warnt aber auch davor, eine einzige Ursache der Arbeitslosigkeit anzunehmen, die man dann auch mit irgendeinem „Patentmittel" beseitigen zu können glaube. Keinesfalls bestünde Hoffnung, „mit einem einzigen Zaubermittel der Not der Welt ein Ende bereiten zu können, etwa wie es der naive Vorschlag bedeutet, man brauche nur das Geld abzuschaffen und zum Tauschhandel zurückzukehren und in 6 Monaten sei alle Arbeitslosigkeit beseitigt. Derartige Phantasien fordern den Spott der unterrichteten Kreise heraus. Sie bedeuten an sich eine Leichtfertigkeit dem Gesamtproblem gegenüber, die der Ernst der Situation durchaus nicht zulassen dürfte."

Ich weiß nicht, gegen welche besonderen Pläne sich G. Feder wendet, da er keine Namen nennt; indessen gibt es keine Wirtschaftsordnung, die so gründlich wie die reine Verrechnung B. Ottos dem entarteten Geld zu Leibe rückt. Zudem hat B. Otto selbst mehrfach von der „Abschaffung des Geldes" gesprochen — in welchem Sinne, darauf ist weiter unten näher einzugehen —, daß es sich schon empfiehlt, die Einwände Feders als gegen B. Otto gerichtet anzunehmen und sie auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.

Bei dem Buchgeld B. Ottos handelt es sich um einen vergeistigten Geldbegriff im Sinne des Währungstheoretikers F. Bendixen, der S. 14 f seines als klassisch bezeichneten Buches sagt: „Geld ohne Körperlichkeit anzuerkennen will einem nicht in den Sinn. Und doch wäre es keineswegs ein phantastischer Gedanke, den gesamten Zahlungsverkehr eines Landes auf den Giroverkehr der Zentralbank zu gründen." Setzen wir für diesen Giroverkehr „Buchführung der Volkswirtschaft" oder „reine Rechenwirtschaft", so haben wir dasselbe . Feder ist übrigens der letzte, der diesen verfeinerten Geldbegriff nicht anerkennen wollte. Deutet er doch selbst den Weg der Geldentwicklung in seinem „Deutschen Staat" folgendermaßen an: „Nun wird ja in Zukunft die Frage der Zahlungsmittel von abnehmender Bedeutung sein, nachdem . . . der bargeldlose Zahlungsverkehr immer mehr an Bedeutung gewinnt. In einer solchen Verrechnungswirtschaft werden die Postscheckämter ganz außerordentlich an Bedeutung gewinnen, die heute schon vorbildlich sind für einen reinen Geldverkehr auf bargeldloser Grundlage." Es zeigt sich demnach, daß zwischen G. Feder und B. Otto grundsätzlich in bezug auf die Anerkennung des Wertes einer reinen „Verrechnungswirtschaft" von der Art des Postschecks gar kein Unterschied besteht. Ebenso muß Feder bei seinem tatkräftigen Eintreten für eine saubere Bedarfswirtschaft (im Gegensatz zur Profitwirtschaft) der Forderung nach Beseitigung der Anonymität des Geldes zustimmen. Warum also ereifert er sich so? Nun, er glaubt nicht zugeben zu können, daß die Arbeitslosigkeit durch die Rechenwirtschaft in der Tat überwunden würde. Zu begründen, daß dies doch der Fall ist, das ist meine Aufgabe:

Fest steht zunächst, daß Rohstoffe genug und Arbeitskräfte übergenug vorhanden sind, denen ebenso dringende Bedürfnisse gegenüberstehen. All das aber kann nicht zusammenkommen, weil angeblich die Finanzierung der notwendigen Arbeiten unmöglich ist, „weil es an Geld fehlt", das, aus Raffsucht, um entsprechende Zinsen zu erzielen, „in volkswirtschaftlich unzulässiger Weise" zum Zwecke einer „Hervorrufung eines künstlichen Notstandes" (Feder) zurückgehalten wird. Nun liegen aber schon eine ganze Reihe Versuche vor, aus denen hervorgeht, daß es durchaus entbehrlich ist, wie aus den anzuführenden Beispielen hervorgeht. Bei dem ersten wurden noch Schecks, „Ausgleichsschecks" (eine Art Notgeld) ausgegeben, bei den folgenden wurde die bargeldlose Verrechnung uneingeschränkt durchgeführt.

Erstes Beispiel: Es betrifft die **Ausgleichskassen Dr. Dickels und Dr. Herpels,** die mit „zinslosen Aufbaukrediten" für Gemeinden und Kreise arbeiten, ein Verfahren, das voraussichtlich auch in dem Arbeitsschaffungsplan der nationalen Regierung eine besondere Rolle spielt.

In Rendsburg gab im Sommer 1931 die Gemeinde zinslose Ausgleichsschecks, gestückt bis herunter zu 1 RM aus. „Mit diesen Schecks wurden auch die Lohnzahlungen vorgenommen. Die Arbeiter nahmen sie gern an, ebenso die Geschäftswelt . . . In nicht ganz zwei Monaten wurden rund 40 000 RM Kredite zinslos bereitgestellt, mittels deren Wasserbau-, Deichbau- und Hoch-

arbeiten (Erwerbslosensiedlung) durchgeführt werden konnten. Es konnten rund 200 Arbeiter beschäftigt werden, die infolgedessen Kaufkraft und Steuerkraft besaßen, während sie sonst als Unterstützungsempfänger den Gemeinden und dem Staate, letzten Endes den noch steuerkräftigen Kameraden zur Last gefallen wären. Wäre die Tätigkeit der Ausgleichskasse Rendsburgs nicht mittels Gewalt" — nämlich durch die damalige Regierung — „unterbunden worden, so hätte es bei Winterbeginn in ganz Schleswig-Holstein keine Erwerbslosen mehr gegeben" (Dr. Dickel, Arbeitsbeschaffung durch Ausgleichskassen, Eisenverlag, München S. 23).

Diese Ausgleichsschecks sind der zinslosen „Baumark" Feders ähnlich, durch die der Staat als Ganzes den entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Lösung von dem zins- und zinseszinsfordernden Geld vornehmen soll. „Alle großen staatlichen Neuschöpfungen finanziert der Staat kraft seiner Finanzhoheit . . . durch direkte Bereitstellung der Mittel im Wege des bargeldlosen Ueberweisungsverkehrs oder durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine." (Der deutsche Staat, S. 113.)

Bei diesem zinslosen „Geld" Dickels und Feders schenken nicht mehr irgendwelche private Geldgewaltige den Gemeinden, Kreisen und dem Reich das Vertrauen (= Kredit), daß sie ihre Schulden abtrügen (und so viel mehr dazu), vielmehr genügt nun ganz allgemein das Vertrauen in die Steuerkraft der arbeitsamen Glieder jener Körperschaften, daß die Abzahlung der Schulden erfolgen wird. Aber wenn sie die Abtragung unterlassen? Nun dann hat der starke Staat genügend Mittel an der Hand, sie ordnungsmäßig herbeizuführen. Mit diesem Verfahren, bei dem das Finanzkapital völlig ausgeschaltet ist, hört der trostlose Zustand auf, daß dieses nach Belieben den Wirtschaftsgang stören und den Aufbau hindern kann. — So würde die Wirtschaft von seiten der öffentlichen Hand erfolgreich in Gang gesetzt.

B. Otto geht mit seinen volksorganischen Vorschlägen noch ein kleines, aber entscheidendes Stück weiter: Ihm genügt nicht, daß die öffentliche Hand eingreift, so wichtig ihm das auch erscheint, er will jedem arbeitsfähigen und arbeitslustigen Deutschen die Möglichkeit geben, mit dem „Nachbar", der Arbeitskraft oder Güter hat, in wirtschaftlichen Austausch zu treten. Und das gelingt auf dem Wege der reinen Verrechnung ohne weiteres. Heinrich Dolle beschreibt uns in seinen Nachbarschaften anschaulich, nicht etwa, wie man es machen könnte, sondern wie er es wirklich gemacht hat. Hier nur das Beispiel von der Dorfstraße, weitere Beispiele lese man in seinen „Rettenden Taten" nach. „Im Dorfe war die Dorfstraße schlecht. Die Schuhe zerrissen darauf. Die Wagen zerbrachen. Die Tiere wurden geschunden. Alles stöhnte. In den Wohnungen hockten verdrießlich die Erwerbslosen. Die Unterstützung wurde vom Wohlfahrtsamt schon nicht mehr voll in Reichsgeld gezahlt. ⅓ erhielten sie in Gutscheinen. Diese sollten sie eintauschen für das Nötigste zum Lebenserhalt, und die Empfänger sollten dann mit diesen Scheinen ihr Gemeindedrittel an Steuern bezahlen. — Die öffentlichen Bauten sind verboten, ‚weil's Geld fehlt'. Da rief der Hundertschaftsführer die Nachbarschaften zusammen und sagte: Baut die Straße. Wenn ihr arbeitet, braucht ihr mehr Nahrung, und was dazu gehört. Ihr bekommt noch einen zweiten Gutschein dazu. Wenn nötig noch einen dritten. — Der Gemeinderechner legte jedem im Dorfe seinen Anteil an Straßenbaukosten auf, an Hand der Steuerlisten. Die Bezahlung erfolgt mit den Gutscheinen, wofür Lebensmittel geliefert sind; auch Kleidung, Handwerkszeug, Rohstoffe, Werkzeuge. — Die Straße wurde fertig. Nun beginnt die Flußregulierung. Dann soll der Schulbau folgen, die Wasserleitung, die Entwässerung, der Hausbau für junge Ehen. Dann weiter in Gemeinschaft mit den Nachbargemeinden die Landstraßen. — Alles in Verrechnung! Weil's Geld ‚fehlt'". (Weiteres in Dolles „Rettenden Taten", Siedler im Heilgrund zu Kleinenberg bei Scherfede, Westfalen. Preis der Schrift 20 Pfg.)

Aehnlich ist das Verfahren R. Soykas in Wien und das der Oberschlesischen Arbeitsgemeinschaft. Bei dem großangelegten schlesischen Versuch im Sommer 1932 wurde zum erstenmal in Deutschland die bargeldlose Lohnzahlung verwirklicht: Die Arbeitsgemeinschaft O. S. konnte so unter Beteiligung von Gemeinden und Kreisen in kurzer Zeit für 527 000 Mk. Verrechnungsaufträge für öffentlich rechtliche Arbeiten und 93 000 Mk. für private Bauten vergeben. Die Durchführung beispielsweise des ersten „bargeldlosen Chausseebaus" von Ellguth nach Proskau und Jaschkowitz im Landkreis Oppeln (Gesamtkosten 125 000 Mk.) hat sich allen Bedenken zum Trotz reibungslos und erfolgreich gestaltet. Die bisher erwerbslosen Arbeiter verdienten ihren Tariflohn, die Erwerbslosenunterstützung der beteiligten Gemeinden verminderte sich ganz wesentlich, und die Geschäftswelt hatte entsprechend höhere Umsätze derart, daß z. B. ein angeschlossener Kaufmann in Proskau monatlich 1000 Mk. Mehrumsatz erzielte. Die Bewegung ging wie ein Lauffeuer weiter, und damit war der Weg offen zur Lösung der Arbeitslosenfrage. Leider griff auch in Oberschlesien, wie in Rendsburg, die damalige Regierung ein und der Staatskommissar für Preußen, Dr. Bracht, verbot am 17. 9. 32 den Landkreisen die weitere Teilnahme. (Genaueres in dem aufschlußreichen Büchlein von Dr. Halbe, Die Arbeitsgemeinschaft OS., Kornverlag, Breslau I, Preis 50 Pf.).

Nun ist die aufbauende nationale Regierung am Werk; sie wird die bis jetzt gesammelten Erfahrungen nützen und zu weiteren Versuchen ermuntern, so daß von allen Seiten, von der öffentlichen Hand und dem privaten Unternehmertum bis herab zu den unscheinbarsten Nachbarschaften H. Dolles die „Geld"- und Kreditfrage gelöst und damit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit zu Leibe gerückt wird. Und so könnte es doch geschehen, daß aus diesem einzigen Punkt heraus, bei dem ein gereinigter Geldbegriff klärend und weithin belebend wirkte, die Wirtschaft wieder in Ordnung käme. In dieser Richtung zu suchen, scheint mir zweckdienlicher als von Leichtfertigkeit dem Gesamtproblem gegenüber und von Phantasien zu reden, die „den Spott der unterrichteten Kreise" (welcher?) herausforderten. —

Die Aufzählung der verschiedenen Ursachen der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern durch Feder in seinem genannten Aufsatz ist gewiß dankenswert, ihnen genauer nachzugehen ist eine reizvolle Aufgabe für den Gelehrten. In unsrer großen Not aber müssen wir vor allem zusehen, wie unsrem eignen Volk zu helfen ist. Diese Forderung aber erhebe ich gewiß nicht gegen, sondern mit G. Feder, dem bekanntlich die Herstellung eines „Wirtschaftsfriedens unter den zu einer Werkgemeinschaft verbundenen Volksgenossen" vorschwebt (Der Deutsche Staat S. 19). In einer solchen Werkgemeinde kann es unmöglich noch Arbeitslosigkeit geben, weil bei einem 60 Millionenvolk außerordentliche und sich immer erneuernde Bedürfnisse zu befriedigen sind; und wenn allenfalls eine neue Maschine ermöglicht, in der gleichen Zeit wie seither das Doppelte zu schaffen, dann wird nicht mehr die Hälfte der Arbeiter aufs Pflaster gesetzt, dafür aber die Dividende verdoppelt, sondern die Arbeitszeit wird entsprechend vermindert. Es braucht so wirklich nicht einzutreten, was Feder für „das technische Zeitalter" befürchtet, daß „jede kraft- und arbeitsparende Maschine immer wieder Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß entfernt". Wo aber sollen die Menschen mit der vielen freien Zeit hin? Als ob unsere Millionen Arbeitslose nicht völlig zum Nichtstun verurteilt wären? Indessen, man gebe bei gekürzter Arbeitszeit den Familienvätern ihr Eigenheim mit Garten und die Möglichkeit, Kleintierzucht zu treiben, und sie werden ihre freie Zeit schon angemessen auszufüllen wissen, und dazu liefern sie noch ihr bescheiden Teil bei der Ernährung des Ganzen. Und die Jüngeren? Sie werden in ihrer freien Zeit in Jugendbünden, Unterrichts- und Wehrverbänden weitergebildet. Aber all das ist ja doch gar nichts Neues! Ganz gewiß nicht; ich will auch nur zeigen, daß nationalsozialistisches und volksorganisches Denken keine Gegensätze bilden, sondern dasselbe wollen, indem sie die Profitwirtschaft verabscheuen und Dienst am Ganzen verlangen. Beide sehen auch die höchsten wirtschaftlichen Werte nicht in Geld und Gütern, sondern in den pfleglich zu behandelnden gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitskräften, wie ja auch Feder schon vor Jahren in seinem „Deutschen Staat" verlangt hat, daß „die schöpferische und schaffende Arbeit" aus der Knechtschaft des in Zinsen und Waren denkenden undeutschen Geistes zu befreien sei.

Ist so der Friede im Innern hergestellt, indem alle Volksgenossen Arbeit und Brot erhalten, dann auch kann eine Weltwirtschaft aufgebaut werden. Dazu hat B. Otto manchen Fingerzeig gegeben, indem er fordert, daß das ganze deutsche Volk gegenüber dem Ausland eine einheitliche Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaft werde, eine Forderung, die Feder in seinem genannten Buch durch viele Einzelheiten vertieft, über die er in seinem Aufsatz in der „Wochenschau" Andeutungen gibt.

Zusammenfassend ist zu sagen: In der Tat ist die Arbeitsbeschaffung die Frage aller Fragen. Sie ist zu lösen, indem alles zins- und zinseszinsfordernde und alles Umlaufsgeld wurzelhaft beseitigt und die reine Verrechnung eingeführt wird. Und damit verlangen wir nichts unerhört Neues und gewiß nichts, was im Gegensatz zu Feders Lehre von dem „vorbildlichen reinen Geldverkehr auf bargeld- und zinsloser Grundlage" (siehe oben) stünde.

Weiterbestehen der Volkspartei

Berlin, 24. April.

Der volksparteiliche Zentralvorstand beschloß im Anschluß an ein Referat des Parteivorsitzenden Dingeldey die Aufrechterhaltung der Deutschen Volkspartei. Der Beschluß erfolgte in namentlicher Abstimmung mit Mehrheit. In der vom Zentralvorstand angenommenen Entschließung heißt es u. a.:

Wir erkennen freudig an, daß Reichskanzler Adolf Hitler mit seiner gewaltigen Bewegung das vaterländische Bewußtsein im deutschen Volke neu belebt und den Gedanken der Reichseinheit endlich verwirklicht hat. Deshalb fordert die Deutsche Volkspartei von allen ihren *Mitgliedern* die tätige Mithilfe am Werk des nationalen Aufbaus, das unter der Führung Adolf Hitlers begonnen ist.

Eine Auflösung der Deutschen Volkspartei dient diesem Ziele nicht. Die Partei gründet ihr Daseinsrecht auf das Bekenntnis zu den unvergänglichen Gütern deutscher Geistes- und Gewissensfreiheit im Rahmen eines machtvollen nationalen Staates. Der Zentralvorstand erwartet von allen deutschen Frauen und Männern, die so denken, daß sie in der gemeinsamen Kampffront für den neuen nationalen deutschen Staat weiterhin in der Deutschen Volkspartei für diese Ziele kämpfen.

Vizekanzler von Papen Ehrenbürger von Heessen i. W. Die Amts- und Gemeindevertretung Heessen i. W. hat beschlossen, dem Vizekanzler von Papen das Ehrenbürgerrecht anzutragen. Von Papen hat dieses Angebot mit einem Dankschreiben angenommen. Zu der Gemeinde Heessen gehört bekanntlich die Zeche „Sachsen", für deren Weiterbetrieb sich Vizekanzler von Papen eingesetzt hat.

„Wilhelmus von Nassauen bin ich von deutschem Blut!"

I.

Wer die prachtvolle Gebirgsstrecke Hagen-Wetzlar-Frankfurt oder die nicht minder anmutige Strecke Köln-Gießen fährt, wird bald nach Verlassen des Siegerlandes zur Rechten inmitten großer Waldungen das Städtchen Dillenburg auftauchen sehen, gekrönt durch den 40 Meter hohen Wilhelmsturm. Auf den Trümmern des 1760 von den Franzosen zerstörten Schlosses Dillenburg ist er vor sechzig Jahren durch die Nachkommen der Oranier erbaut und trägt den Ehrennamen des weltberühmten protestantischen Kämpfers um Glauben und Freiheit, Wilhelms von Oranien. Am 25. April 1533 ist er dort geboren, „von deutschem Blut", ein Sohn des Grafen Wilhelm von Dillenburg und der Juliane aus dem bekannten Geschlechte der Stolberger Grafen; dort verlebte er seine Jugend im frohen Geschwisterkreise der zwölf Kinder, dort rüstete er 1567 bis 1572 mit aller Umsicht den Befreiungskrieg der Niederländer gegen die Spanier, Dort trauerte die Mutter um den Heldentod ihrer Söhne. Die ganze evangelische Welt schickt sich an, den 400. Geburtstag des größten Oraniers zu feiern. Ueberall, wo man das reine Evangelium und die deutsche Tapferkeit liebt, hallen die Lieder aus dem Gedenkklang" des Ratsherrn Adrianus Valerius wider, darunter das altniederländische Dankgebet „Wir treten zum Beten vor Gott, unsern Herren", und das niederländische Nationallied des Philipp Marnix von R. Adelgonde: „Wilhelmus von Nassauen bin ich von deutschem Blut."

Zwei große Schweiger kennt die deutsche Geschichte: Hellmuth von Moltke, den großen Strategen der deutschen Einheitskriege, und Wilhelm von Nassau, von dem die Gedenktafel auf dem Wilhelmsturm erzählt: „Zum Gedächtnis Wilhelmus von Oranien, des großen Staatsmannes und Volksfreundes, des Gründers der niederländischen Freiheit, von den Nassau-Oranischen Stammlanden und den Niederlanden in Dankbarkeit gemeinsam errichtet 1872 — 1875." Freilich schien es, als sollte dieser Dillenburger Grafensohn, dessen Vater in seinen Stammlanden die Reformation eingeführt hatte, durch eine reiche Erbschaft dem evangelischen Glauben verloren gehen. — Nicht nur setzte ihn sein kinderloser Vetter als Statthalter von Holland, Seeland, Utrecht und Friesland zum Erben ein; als 11jähr. Knabe erbte er das Fürstentum Orange bei Avignon in Südfrankreich, wurde „Vasall Spaniens", und kam an den kaiserlichen Hof nach Brüssel. Ob Karl V., Luthers heftigster Gegner, die hohe Begabung des Knaben erkannte, den er bald mit besonderer Liebe und Sorgfalt erzog? Er erklärte, durch den Jüngling manchmal auf die besten Ratschläge gekommen zu sein, freute sich dankbar, daß er ihm trotz verlockender Einladungen in Paris treu verblieb, überschüttete ihn mit Gnadenbeweisen und erschien auf ihn gelehnt an jenem denkwürdigen Oktobertage 155 zu Brüssel, als er, des vergeblichen Kampfes gegen die Reformation müde, die Herrschaft über seine Reiche niederlegte, in denen die „Sonne nicht unterging". Er übergab seinen Söhnen die Kronen, Ferdinand über Deutschland, Philipp II. über Spanien u. die Niederlande, und „begrub sich in St. Just", Wand an Wand des spanischen Kolsters, wo er sich „geistlichen Uebungen" widmete und am ungleichmäßigen Lauf seiner Uhren studiert haben soll, wie unmöglich es sei, „so viele Menschen zu einem Glauben zu bringen". Wilhelm aber war nun Philipps Vasall. Der aber war ein herzlos kalter Gesell, der nie gelacht haben soll, der Vater des elenden Don Carlos (von Schiller idealisiert), ein Tyrann, vor dem auch die Ersten im Reich nur kniend erscheinen durften, und der in 42jähriger Regierung sein Volk zugrunde gerichtet hat, zudem ein Ketzerhasser, der die unmenschlichen Inquisitionsgerichte mit ihren Massen von Scheiterhaufen aus Spanien auch in die Niederlande verpflanzte. Ihre feierlich beschworenen Rechte, durch die sich das Volk gegen die Fürsten schützte „wie durch Dämme gegen den Ozean" (Schiller), trat er mit Füßen, setzte mit scharfen Weisungen seine sehr männlich geratene Halbschwester Margarete von Parma mit einem öffentlichen und einem geheimen Staatsrat in die Statthalterschaft ein, hieß 17 Bistümer statt der bisherigen vier errichten, und sandte, als 400 Bürger und Edelleute eine Gegenbittschrift überreichten und an einigen Orten ein Bildersturm ausbrach, den blutigen eHrzog Alba mit 1000 Spaniern dorthin, denselben, der im schmalkaldischen Kriege die Gebeine Luthers auszugraben und in alle Winde zu zerstreuen geraten hatte.

Da trat Wilhelm an die Spitze der Geusen. „Es sind ja nur Geusen", d. i. Bettler, so hatte eine Hofschranze die Bittsteller genannt. Sie aber erhoben den Schimpfnamen zum Ehrentitel, zogen graue Bettlerkleider an und schlugen den Geusenpfennig mit den zwei verschlungenen Händen und dem Bettelstab. Fürchterlich wütete nun Flamme und Schwert. An jenem 5. Juni 1568, dem Schlußakt in Goethes berühmten Trauerspiel, wurden Egmont und Horn öffentlich hingerichtet, und 18000 Menschen rühmte sich Alba in sechs Jahren ihnen durch den Henker nachgeschickt zu haben. Entsetzt schreibt ein Zeitgenosse: „Der Hauch der Luft, sonst nur zum Leben erschaffen, erschien wie der Geruch eines allgemeinen Grabes." Wo war der Retter? Wilhelm von Oranien, der das alles kommen sah, war rechtzeitig gewichen. „Ziemt es sich, uns für Tausende hinzugeben, so ziemt es sich auch, uns für Tausende zu schonen. Goethe legte ihm beim Abschied von Egmont diese Worte in den Mund. Die Geschichte hat die Warnung an den Freund überliefert. „Du wirst die Brücke sein, über welche die Spanier ins Land ziehen, und über dem Eingang werden sie deinen Kopf aufstecken!" Er hatte sich nicht getäuscht, der kluge Berechner aller Umstände. Schon zu Anfang des Jahres

Daladier provoziert Deutschland

Eine Hetzrede des französischen Ministerpräsidenten

Paris, 23. April. Der französische Ministerpräsident Daladier hielt am Sonntag in seiner Heimatstadt Orange eine große politische Rede.

Daladier schilderte einleitend die Lage, in der er vor drei Monaten die Regierung übernommen habe. Ueberall habe Beunruhigung und Ungewißheit geherrscht. Zu den Haushaltsschwierigkeiten der Regierung hätten sich die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft und der Industrie gesellt. „Und zu gleicher Zeit", so fuhr Daladier wörtlich fort, „hörte man außerhalb unserer Grenzen den Ruf zur Gewalt. Es bereiteten sich jene Brutalitäten und jene Terrororganisationen vor, die wieder einmal zeigten, wie gebrechlich unsere moderne Zivilisation ist, die wir so fest im europäischen Boden eingewurzelt glaubten." Daladier kam dann auf die Außenpolitik zu sprechen. „Auf außenpolitischem Gebiet", so betonte er, „haben wir, ohne etwas von lebenswichtigen Interessen aufzugeben, mit Nachdruck unser Ideal, die Organisierung des Friedens unter den Völkern, verstärkt, die sich nur auf der stufenweisen, gleichzeitigen und streng kontrollierten Abrüstung und auf den Bürgschaften aufbauen kann, die die Freiheit aller Völker gewährleisten." Daladier ging dann kurz auf die letzten Ereignisse in Amerika ein und betonte in diesem Zusammenhang, daß der französische Franken nichts zu fürchten habe, weil er die stärkste Golddeckung hinter sich habe. So wenig, wie man auf die letzten Ereignisse in Amerika vorbereitet gewesen sei, so wenig hätte man daran gedacht, daß in einem gewissen Lande der schlimmste Nationalismus triumphieren würde. Es tauche nunmehr die Frage auf, ob man jetzt vor einem neuen Währungskrieg und einem Rüstungswettlauf stehe. Er sei der Ansicht, daß nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Völker die Leiden heilen könne, von denen die ganze Welt befallen sei. Frankreich werde sein Programm auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz unterbreiten. Daladier verurteilte schließlich das Abgehen Amerikas vom Goldstandard und erklärte: Frankreich hat die schmerzhaften Auswirkungen der Währungsschwierigkeiten zu sehr am eigenen Leibe verspürt, als daß es ihr Wiedererscheinen ohne weiteres hinnehmen würde. Diejenigen, die über Völker regieren, müssen verstehen, daß die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens für die Wiederaufrichtung jedes Landes wichtiger ist als alle mehr oder weniger künstlichen Maßnahmen, von denen man sich eine Rettung verspricht.

*

Berlin zur Daladier-Rede.

Berlin, 23. April. Auf die ausdrücklich an Frankreich gerichteten Worte, die der Reichskanzler am 21. März im Reichstag über unseren Friedenswillen sprach, antwortete am Sonntag in Orange der französische Ministerpräsident mit einer Rede, die die Grundlinien der französischen Politik der letzten 14 Jahre mit erschütternder Offenheit darlegt. In Berliner politischen Kreisen wird hierzu eindeutig Stellung genommen. Frankreich hat in dieser Zeit nichts von seinen in Versailles sich selbst zuerkannten Vorrechten und Interessen aufgegeben und will auch weiter an dieser Grundlinie gegenüber Europa und dem zur gleichen Zeit seiner lebenswichtigsten Interessen beraubten Deutschland festhalten. Die 14-jährigen Bemühungen Europas, von dem Gewalt- und einseitigen Interessenstandpunkt zu Recht und Billigkeit zurückzufinden, bleiben unbeachtet. Geradezu herausfordernd klingen in diesem Zusammenhang die Worte: Achtung vor dem Recht aller Völker und Freiheit müssen gewährleistet werden. Als ob Deutschland und andere Staaten nicht jahrelang unter immer erneuten Opfern bemüht gewesen wären, den bescheidenen Teil an Freiheit wiederzuerlangen, der ihm unter Mißachtung der Wilsonschen Grundsätze in Versailles genommen worden ist. Auch die dunklen Andeutungen über einen jenseits der Grenzen sich verbreitenden Terror werden nicht über den mangelnden Willen Frankreichs, auch anderen Gerechtigkeit und Lebensmöglichkeiten zu gönnen, hinwegtäuschen. Für Deutschland wenigstens klingen solche Worte aus dem Munde eines Franzosen um so befremdender, als der rechtswidrige Einmarsch in die Ruhr von schweren Brutalitäten gegen die vaterländische Bevölkerung begleitet war.

Wenn der französische Ministerpräsident heute mit Befriedigung erklären kann, der französische Franken habe nichts von den Schwankungen der anderen Devisen zu befürchten, so wird man unwillkürlich an die Angriffe zurückdenken, mit denen zunächst gegen den österreichischen Schilling und die deutsche Mark und schließlich gegen Pfund und Dollar vorgegangen wurde, um die Gefährdung dieser Währungen, ungeachtet der Not, die die Länder damit traf, politisch auszunutzen. Wenn Frankreich weiter ankündigt, bei Verschärfung der Krise sich gegebenenfalls auf seine eigenen Grenzen u. Kolonialgebiete zurückzuziehen, dann läßt es ganz und gar jeden paneuropäischen Geist vermissen, den es so gern und oft im Munde führt.

Da die französische Abordnung in dieser Rede ihre Richtlinien für Genf erblicken wird, um dort nach dem Wort Daladiers „einer allmählichen, gleichzeitigen und streng kontrollierten Abrüstung" das Wort zu reden, dann werden die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten, Frankreich werde nichts von seinen Interessen aufgeben, zweifellos das Land, das seit 14 Jahren Europa seinen Willen diktiert, mit ungeheurer Verantwortung für den Ausgang dieser Konferenz und damit für die Ruhe und Befriedung Europas belasten.

Die Kriegsschuldenfrage.

Der Schlüsselpunkt der Washingtoner Verhandlungen.

Washington, 23. April. Die Kriegsschuldenfrage scheint trotz der amerikanischen Abneigung zum Schlüsselpunkt der Washingtoner Verhandlungen zu werden. MacDonald erhielt telephonische Informationen aus London, wonach er Zugeständnisse in der Schuldenfrage erzielen müßte, bevor er in eine Erörterung der Zoll- und Währungsfragen eintreten könnte. Er wird in diesem Punkte von Herriot unterstützt. Es liegen Andeutungen vor, wonach ein vorläufiges Uebereinkommen zwischen Roosevelt und MacDonald über gegenseitige Zollherabsetzungen unter der Bedingung erzielt werden kann, daß Roosevelt dem amerikanischen Kongreß noch vor Mitte Juni eine Neuregelung der Kriegsschuldenfrage vorschlägt. Die englischen und amerikanischen Sachverständigen verhandelten am ganzen Sonntag über Zoll- und Währungsfragen. Die Besprechungen über Zoll- und Währungsfragen. Die Besprechungen über gegenseitige Handelsverträge werden wahrscheinlich am Montag nach dem Eintreffen des kanadischen Ministerpräsidenten breitere Formen annehmen.

Wie verlautet, befürwortet Roosevelt eine allgemeine Rückkehr zum Goldstandard auf niedriger Golddeckungsbasis. Von der in der Währungsvorlage vorgesehenen Vollmacht, den Goldgehalt des Dollar herabzusetzen, wird Roosevelt nur im äußersten Notfall Gebrauch machen.

*

Erkärungen Herriots in Washington.

Washington, 23. April. Herriot erklärte in einer Pressekonferenz, daß Frankreich am Wiederaufbau der Welt mit Amerika und England aufrichtig zusammenarbeiten wolle. Die Aufgabe des Goldstandards in Amerika lasse die grundlegenden Vorbedingungen für die Gesundung der Welt unberührt. Erklärungen über die Kriegsschulden- und Währungsfrage lehnte Herriot vor dem Empfang durch Roosevelt am Montag vormittag ab. Es verstärkt sich der Eindruck, daß MacDonald und Herriot Roosevelt um die Revision der Kriegsschuldenabkommen angehen werden und falls eine Revision nicht erreichbar sein sollte, den Aufschub der Mitte Juni fälligen Zahlungen bis zu einer endgültigen Regelung beantragen werden.

Am Schluß eines im „Daily Mirror" veröffentlichten Artikels schreibt Herriot, daß das Lausanner Abkommen, wie Borah gesagt habe, der Schlüssel für die Zukunft sei. Entweder werde das in Lausanne begonnene Werk vollendet, und die Welt befinde sich auf dem Wege zum Dauerfrieden, oder das Lausanner Abkommen werde widerrufen und die Welt treibe dem Chaos zu.

„Peking wird besetzt!"

Eine japanische Erklärung.

Tschangtschun, 23. April. Der japanische Gesandte in Tschangtschun, General Muto, erklärte, daß die Nachricht von der angeblichen Zurückziehung der japanischen Truppen aus Nordchina und dem Verzicht auf ein Vorgehen gegen Peking und Tientsin nicht den Tatsachen entspreche. Die japanische Armee werde Peking gemeinsam mit der mandschurischen Armee besetzen. Damit werde die mandschurische Frage erst endgültig gelöst werden und der Lytton-Bericht, der die politische Lage nur ungünstig gestaltet habe, werde endgültig erledigt sein.

---

wurde er und sein Bruder Ludwig als Ketzer und Hochverräter vor das Blutgericht geladen. Er, der inzwischen in zweiter, wenig glücklicher Ehe die Tochter des sächsischen Kurfürsten geheiratet hatte, verteidigte sich von Dillenburg aus in einer offenen Schrift. Dort vor dem Schloßtor unter der ehrwürdigen Linde, die heute noch steht, empfing er am 14. April 1568 die Gesandtschaft der Niederländer und sagte ihnen seine Hülfe zu. „Nicht ihr Glaube, sondern ihre Leiden machten ihn zu ihrem Bruder". Nun aber trat er zum reformierten Glauben über. So wollen wir denn", so schrieb er „zur Errettung der Niederlande und zu unserem eigenen Wohle die heutige Sache im Namen Gottes in die Hand nehmen. Und wenn wir auch einer so großen Gewalt nur notdürftig Widerstand zu tun vermögen, so müssen wir uns doch unserer rechtmäßigen und billigen Sache getrösten im festen Vertrauen, der Allmächtige werde uns gnädigen Beistand verleihen, auch anderer christlicher Mächtiger, Fürsten und Herren Gemüter dahinleiten und bewegen, daß sie sich nicht allein unserer, sondern auch der bedrängten Niederlande annehmen würde." Alles setzte er daran, verpfändete seine Güter, veräußerte sein Silber, warb überall Truppen, appellierte an den deutschen Kaiser, knüpfte mit den Hugenotten in Frankreich Verbindungen an und ließ „in diesen geschwinden und beweglichen Zeiten öffentlich beten, um den Herrn der Heerscharen für einen glücklichen Erfolg des Unternehmens anzuflehn. Schluß folgt.

Hinweis.

(!) Am 18. April hat Bad Meinberg seine diesjährige Saison eröffnet. Umfangreiche Verbesserungsarbeiten im Kurpark, in den Badehäusern und Hotels zeugen von dem großen Optimismus mit dem die Badeverwaltung der Entwickelung der neuen Verhältnisse entgegensieht. Bedeutende Ermäßigung in der Vorsaison lassen eine Kur in dieser Zeit ganz besonders geeignet erscheinen.

Hitler über den Wiederaufbau

Wir arbeiten nicht für den Augenblick sondern für das Urteil der Jahrtausende.

München, 24. April.

Die Reichspressestelle der NSDAP. veröffentlicht jetzt einen längeren Bericht über die Führertagung in München und gibt dabei insbesondere die Ausführungen des Reichskanzlers Hitler wieder. Der wesentlichste Teil dieses Berichts lautet:

Die große Führertagung der NSDAP. fand durch die Anwesenheit Adolf Hitlers ihren Höhepunkt. Stehend hörte die Versammlung die Begrüßungsworte, die der Stellvertreter des Stabsleiters der P. O., Robert Wagner, im Namen der versammelten Führerschaft der nationalsozialistischen Bewegung und des gesamten deutschen Volkes an den Führer richtete:

Partei und Volk blickten in tiefer Verehrung zu Adolf Hitler empor und seien glücklich, von ihm geführt zu werden.

Ein dreifaches Heil ist der Gruß der Versammlung. Dann ergriff der Führer das Wort zu einer von tiefer innerer Kraft und staatsmännischem Geiste getragenen Rede.

Er wies einleitend darauf hin, daß es gelungen sei, die nationale Revolution trotz der so durchgreifenden Wirkungen auf allen Gebieten des Lebens und im Gegensatz zu allen früheren Revolutionen diszipliniert in der Hand zielbewußter Führung zu halten.

Das Kennzeichen der nationalen Erhebung sei, daß ihr Träger die in äußerster Disziplin aufgebaute und kampfgestählte nationalsozialistische Bewegung sei. Wenn ihre Disziplin, ihr Kampfgeist und das Zielbewußtsein der Führung erhalten blieben, dann würde der Sieg ein vollkommener und dauernder sein.

Die Geschehnisse, die sich in Deutschland abgespielt hätten, seien ein einzigartiges, wunderbar elastisches Zusammenspiel zwischen der impulsiven Volksbewegung und der durchdachten Leitung durch die Führung. Das müsse auch in Zukunft der Fall sein.

Adolf Hitler erklärte, er müsse stets das Bewußtsein haben können, daß bei jeder Maßnahme das ganze Volk in seiner überwältigenden Mehrheit hinter ihm stehe. Die Unüberwindlichkeit unserer Macht müsse darin bestehen, daß sich die ganze Nation uns geistig anschließe.

Der Führer befaßte sich in diesem Zusammenhange in großen Zügen mit den im Vordergrund stehenden politischen Fragen der Gegenwart. Er legte außenpolitisch ein klares Bekenntnis zur Politik des Friedens ab, den Deutschland brauche und erhalten wolle. Deutschland aber könne nicht zu einer Nation zweiten Ranges weiterhin gestempelt, sondern müsse in der Welt als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden. Der Führer betonte dabei grundsätzlich, daß Außenpolitik nicht gemacht werde mit der Stirn nach außen, sondern mit dem Willen nach innen.

Innenpolitisch erklärte er, daß der Kampf gegen den Marxismus keine Abschwächung erfahren werde. Wenn auch der Marxismus sich heute bereits totstelle, so schütze ihn das nicht davor, daß er endgültig vernichtet werde.

Der Führer wies darauf hin, welch große Aufgaben damit gestellt seien, die nationalsozialistische Weltanschauung zum Gemeingut des ganzen Volkes und die nationalsozialistische Bewegung immer mehr zur Trägerin des neuen Staates zu machen, den sie aufgebaut hat.

Die Schlagkraft der Bewegung müsse daher nicht nur erhalten sondern erhöht werden. Die unzertrennliche Einheit zwischen Führung und Gefolgschaft müsse die Einheit des Handelns für immer gewährleisten. Er sei stolz darauf, Kanzler zu sein, aber stolzer noch sei er, Führer dieser Bewegung zu sein, die den Sieg über die Verderber des deutschen Volkes allein ermöglichte.

Der Grundsatz der Disziplin sei das Fundament der Bewegung. Als die Aktion zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze befohlen wurde, setzte sie schlagartig ein, als sie beendigt wurde, brach sie ebenso schlagartig ab. Noch stünden große und wichtige Aufgaben bevor. Die Revolution sei erst dann beendet, wenn die ganze deutsche Welt innerlich und äußerlich völlig neu gestaltet sei. Dadurch, daß unsere Bewegung im Sturmschritt marschiert ist und marschiert, hat sie die Kraft in sich, sich gegen jeden Feind durchzusetzen und den Sieg zu erringen.

Die Bewegung hat 2000 Jahre deutscher Kultur und Geschichte übernommen. Sie wird die Trägerin der deutschen Geschichte und der deutschen Kultur der Zukunft werden. Sie wird dafür sorgen, daß neue unvergängliche Dokumente geschaffen werden, die unser Volk weiter einreihen in der Zahl der großen Kulturvölker der Weltgeschichte. Wir arbeiten nicht für den Augenblick sondern für das Urteil der Jahrtausende."

Der Führer umriß in seinen Ausführungen auch die großen Aufgaben der Kunst, die gelöst werden müssen, um die Nation aus dem rein wirtschaftlichen Denken herauszuheben und ewige Werte zu schaffen.

Zum Schluß seiner Rede, die immer wieder von begeisterter Zustimmung unterbrochen wurde, erklärte Adolf Hitler:

„Ich bitte Sie, meine Führer, führen Sie Ihren Kampf so, daß die kommenden Generationen von unserer Bewegung stolz bekennen: Sie war nicht nur groß bis zur Erreichung der Macht, sie war noch größer, als sie den Stab in Händen hatte.

Unsere Bewegung ist heute das wunderbarste Beispiel höchster Disziplin, beispielloser Treue, einer einzigen Kameradschaft. Wenn sie sich diese Grundlage erhält, dann wird unser Reich bestehenbleiben bis in fernste Zeiten. Denn wir kämpfen nicht für uns, nicht für unsere Partei, sondern für das deutsche Volk und für seine Unsterblichkeit."

Ein dreifaches „Sieg Heil" als Dank an den Führer schloß die Tagung, die in der Geschichte der Bewegung und damit Deutschlands als ein Markstein verzeichnet sein wird.

Der Vorsitzende des Reichsbundes Deutscher Technik, Professor Gertenberg, hat sein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger wurde Dipl.-Ingenieur Gottfried Feder. Feder gehört der Politischen Zentralkommission der NSDAP. an.

Die steierische Heimwehr hat eine Wiedervereinigung mit dem österreichischen Heimatschutz Starhemberg abgelehnt, dagegen das Abkommen über die Kampfgemeinschaft mit der NSDAP ratifiziert.

Bündische Evangelische Kirche

Präsident Kapler beruft einen lutherischen und einen reformierten Kirchenführer an seine Seite.

Berlin, 24. April.

Von maßgebender kirchlicher Seite wird mitgeteilt:

Die Stunde gebietet, unverzüglich eine Reform der Verfassung des deutschen Protestantismus einzuleiten. Das Ziel der Reform ist die Bündische Deutsche Evangelische Kirche, errichtet auf der Grundlage und unter voller Wahrung des Bekenntnisses. Aus lebenskräftigen Landeskirchen erwachsen, soll sie alle Vollmachten erhalten, deren sie zur Pflege des gesamten deutschen evangelisch-kirchlichen Lebens und seiner Beziehung zu Volk und Staat im In- und Auslande bedarf. Zu diesem Werk hat der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchen-Bundes, D. Dr. Kapler, je einen führenden lutherischen und reformierten Theologen an seine Seite berufen, und zwar den Landesbischof D. Mahrarens aus Hannover und den Studiendirektor Pastor D. Hesse aus Elberfeld. Ferner werden hierfür als Berater sonstige durch ihr kirchliches Amt oder ihre Arbeit in der kirchlichen Bewegung ausgezeichnete Persönlichkeiten und besondere Sachverständige beigezogen werden. In Gemeinschaft mit ihnen wird alsbald eine neue Verfassung des deutschen Protestantismus ausgearbeitet.

Einspruch des Kirchenbundes.

Berlin, 24. April. Von zuständiger kirchlicher Stelle wird mitgeteilt: Gegen die Einsetzung eines staatlichen Kirchenkommissars in der evangelisch-lutherischen Kirche von Mecklenburg-Schwerin hat der Deutsche evangelische Kirchenbund bei den maßgebenden Reichsinstanzen entschieden Verwahrung eingelegt und sofortige Abhilfe gefordert.

Oesterreich erwacht.

Großer Sieg der Nationalsozialisten bei der Gemeinderatswahl in Innsbruck.

Innsbruck, 23. April. In Innsbruck fanden am Sonntag Teilwahlen des Gemeinderates statt, die außerordentlich bemerkenswert für die Entwicklung der politischen Stimmung in Oesterreich sind. Von den abgegebenen 36415 Stimmen entfielen 14996 mit neun Mandaten auf die Nationalsozialisten, die dadurch von null auf neun Mandate in der Stadtvertretung gekommen sind und ihre Stimmenzahl gegenüber dem Jahre 1931 verdreizehnfacht haben. Die Sozialdemokraten haben einen Stimmenverlust von fast 4000 Stimmen und drei Mandaten, die Christlichsozialen einen Verlust von nur 500 Stimmen, aber auch zwei Mandaten erlitten. Die Großdeutschen sind fast vollständig in die Nationalsozialisten aufgegangen.

Heimatschutz für Hitler

Einigung mit der NSDAP. — Auflösung des österreichischen Nationalrats gefordert.

Wien, 24. April.

Zwischen der österreichischen NSDAP. und dem Heimatschutz ist ein Abkommen geschlossen worden, in welchem auch der Heimatschutz sich zu Adolf Hitler als dem Führer der deutschen Nation bekennt.

In einer gemeinsamen Erklärung heißt es, daß beide Organisationen beschlossen haben, eine enge Kampfgemeinschaft auf allen Gebieten und für jeden Fall einzugehen. Ein Unterstellungsverhältnis besteht nicht. Zur Erhöhung der Schlagkraft wird die taktische Gliederung der Einheiten bei Wahrung der traditionellen Eigenarten in einer übereinstimmende Form gebracht. Die Angehörigen des Deutschösterreichischen Heimatschutzes tragen künftig wieder neben ihren Verbandsabzeichen am Stahlhelm das Hakenkreuz.

Als nächstes Ziel ihres Kampfes erklären beide Organisationen die Schaffung einer starken Regierung der nationalen Konzentration und verlangen als deren Voraussetzung die sofortige Auflösung des gegenwärtigen Nationalrates und unverzügliche Ausschreibung von Neuwahlen.

Geschenk der Ost- und Westpreußen an Hitler. Der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen hat dem Reichskanzler Adolf Hitler zu seinem Geburtstag die Nachbildung des Abstimmungsdenkmals, das in Marienburg steht und die Inschrift enthält: „Dies Land bleibt deutsch!" als Geschenk überreicht. Die Nachbildung ist aus Marmor hergestellt und trägt die Bronzefigur eines Deutsch-Ordensritters. Der Reichsverband hat in den Sockel eine Plakette eingefügt, die die Inschrift trägt: „Kanzler des Deutschen Reiches, Führer des Deutschen Volkes, gedenke des deutschen Ostens!"

Beschlüsse des Kabinetts

Vier Gesetzentwürfe verabschiedet. — Noch keine Ernennung der Statthalter.

Berlin, 24. April.

Das Reichskabinett hat am Sonnabend die angekündigte Sitzung abgehalten. Im Anschluß daran sind Reichskanzler Hitler und Reichsminister Dr. Goebbels zur Führertagung der NSDAP. nach München abgefahren. Das Reichskabinett hat zunächst die Bestellung des bayerischen Justizministers Frank II zum Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern beschlossen. Dann verabschiedete das Kabinett die Gesetzentwürfe über den Pächterschutz, über die Gleichschaltung der Steuerausschüsse bei den Finanzämtern, über die Zulassung der Patentanwälte und die Neubildung der Studentenschaften an den Hochschulen der Länder. Das Gesetz über die Ueberfremdung der Schulen wurde zunächst zurückgestellt. Eine politische Aussprache fand nicht statt. Ebenso wurde die Ernennung der Reichsstatthalter in den Ländern noch nicht behandelt. Nach Verabschiedung der Gesetzentwürfe berichtete der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg über die deutsch-holländischen Handelsvertragsverhandlungen.

Von den neuen Gesetzentwürfen regelt das Gesetz über den Pächterschutz die Kündigungsbedingungen der landwirtschaftlichen Pächter neu und bringt gewisse Erleichterungen. Wenn ein Verpächter seinem Pächter kündigt, kann auf Antrag des Pächters das Pachteinigungsamt die Kündigung aufheben. Neu gekündigt kann nur nach einem längeren Zeitraum, wenn der Pächter mit seinen Verpflichtungen erheblich in Verzug geraten ist, oder ein besonderes Verschulden vorliegt, werden. Im übrigen wird der Pachtvertrag zunächst um ein Jahr verlängert.

Das Gesetz über die Zulassung der Patentanwälte gibt die Möglichkeit, Patentanwälte, die den Bestimmungen des Beamtengesetzes nicht entsprechen, bis zum 30. September aus der Liste der Patentanwälte zu streichen.

Das Hochschulgesetz regelt die Neubildung der Studentenschaften an den Hochschulen der Länder. Danach gehören sämtliche Studenten künftig der Studentenschaft an. Die Führer der Studentenschaften werden künftig ernannt.

*

Die Zulassung der Kassenärzte

Eine neue Verordnung des Reichsarbeitsministers schließt für die Zukunft nichtarische Aerzte von der Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit aus. Auch Aerzte, die sich kommunistisch betätigt haben, werden nicht mehr zugelassen.

Nichtarische Aerzte, die bereits zugelassen sind, verlieren ihre Zulassung, ebenso Aerzte, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben.

Ausnahmen sind für solche nichtarischen Aerzte vorgesehen, die im Weltkriege an der Front gekämpft haben oder als Aerzte an der Front oder in Lazaretten tätig gewesen sind, oder deren Väter oder Söhne im Weltkriege gefallen sind. Diese Ausnahmen gelten jedoch nicht für Aerzte, die sich im kommunistischen Sinne betätigt haben. Aerzte, die bereits am 1. August 1914 niedergelassen waren, behalten ihre Zulassung, sofern sie sich nicht im kommunistischen Sinne betätigt haben.

NSDAP-Führertagung

Dreistündige Rede des Reichskanzlers. — Deutschland ist erst dann gerettet, wenn das ganze Volk geeint ist.

München, 24. April.

Reichskanzler Adolf Hitler und Reichsminister Dr. Goebbels trafen im Flugzeug von Berlin kommend auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld ein und landeten im heftigen Schneesturm. Unter den Heilrufen einer vieltausendköpfigen Menschenmenge begaben sich die Staatsmänner nach der Landung zu der Führertagung der NSDAP. Vor der Abfahrt drückten Kinder dem Reichskanzler Blumensträuße in die Hand.

In der Führertagung behandelte Adolf Hitler in dreistündiger Rede erschöpfend alle grundsätzlichen Fragen der deutschen Innen-, Außen-, Kultur- und Wirtschaftspolitik. Insbesondere legte der Kanzler dabei auch die Richtlinien für die weitere Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung als Träger des Reiches dar. Weiter unterstrich der Führer nachdrücklichst die Wichtigkeit der reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Partei und Staat.

Im Rahmen der Führertagung versammelten sich im historischen Festsaal des Alten Rathauses sämtliche in München anwesenden Führer der nationalsozialistischen Bewegung, die politischen Leiter sowie die höheren SA.- und SS.-Führer. Ueber den Verlauf dieser Sitzung wird mitgeteilt:

Der Reichsinspekteur der PO., Robert Wagner, eröffnete die Sitzung mit einem Gedenken an die Toten der Bewegung und mit einem Gruß an den Führer, in den die Versammelten mit einem dreifachen Heil einstimmten. Dann ergriff der Vertreter des Führers, Rudolf Heß, das Wort zu einer kurzen und eindrucksvollen Ansprache.

Mit historischen Taten habe die nationalsozialistische Bewegung bereits die Fundamente eines neuen Staates gebaut. Sie sei mit der deutschen Zukunft untrennbar verbunden. Je mehr die nationalsozialistische Bewegung an Kraft gewinne, desto mehr werde der neue Staat gestärkt.

Es folgten Referate über die Gestaltung des 1. Mai zum Tag der Arbeit sowie über die Aufgaben der Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Partei. Der Leiter des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsparteileitung, Amtsleiter Walter Buch, machte dabei grundsätzliche Ausführungen über die Schärfe, mit der gerade jetzt die Siebung der Parteimitgliedschaft durchgeführt wird.

Der Stabsleiter der Parteiorganisation, Dr. R. Ley, ergriff nun das Wort zu einer Ansprache, in der er auf den harten und schweren Kampf hinwies, der die Bewegung in den letzten 14 Jahren aus kleinsten Anfängen zum Siege führte.

Der unbedingte Glaube an die Idee und das Vertrauen zu der überragenden Persönlichkeit Adolf Hitlers habe die Grundlage dieses Sieges geschaffen. Noch sei das Werk nicht vollendet. Mit demselben unerschütterlichen Kampfgeist und Verantwortungsgefühl müsse weiter gekämpft werden. Erst dann werde Deutschland gerettet sein, wenn das ganze Volk geeint sei. Es werde dann der Tag kommen, an dem eine spätere Generation vor uns hintrete und uns sage: „Wir danken Euch, daß Ihr Deutschland wieder emporgeführt habt zu einem Staat der Ehre und der Größe".

Als Vertreter des Stabschef der SA. sprach der Reichsführer der SS., Himmler, über die Zusammenarbeit zwischen der politischen Leitung der Bewegung und der SA. und SS. Die politischen Leiter und Führer seien die Männer gewesen, die durch Propaganda und Organisation die Bewegung groß gemacht hätten.

Die SA. und SS. sei das Schwert der Bewegung,

das dieses Werk stärke und sichere. Gemeinsam würden politische Leitung und SA. und SS. ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen. Mit einem kurzen Referat des Amtsleiters Alfred Rosenberg über die Aufgaben des neugeschaffenen außenpolitischen Amtes der NSDAP. fand die Sitzung ihr Ende.

Gewerkschafts-Internationale gesprengt?

Dortmund, 24. April.

Der „Dortmunder Generalanzeiger" meldet, in Amsterdam ist auf einer Tagung der Vorstände und Hauptfunktionäre der Gewerkschaftsinternationale beschlossen worden, die Beziehungen zum ADGB. abzubrechen, weil der ADGB. der Regierung Hitler seine unbedingte Mitarbeit angeboten habe.

Aus Paris liegen dazu Meldungen vor, nach denen ein solcher Beschluß nicht gefaßt sei. Wahr sei allerdings, daß das Büro seit einiger Zeit keine Mitteilungen mehr vom ADGB. erhalten habe.

Wechsel in der Leitung des GDA. Der Vorsteher des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Gustav Schneider hat sich beurlauben lassen. An seiner Stelle wurde der bisherige stellvertretende Bundesvorsteher Max Rössiger mit der Führung des Bundes beauftragt.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Hitlerspende Gadderbaum. Die Hitlerspende des Amtsbezirks Gadderbaum wurde am Samstag morgen mit einem recht erfreulichen Ergebnis abgeschlossen. An Geldspenden sind eingegangen 635,— RM. Der Wert der gespendeten Lebensmittel beträgt zirka 70 bis 80 RM., so daß die Spende in ihrem Gesamtwert mit rund 710 RM. abschließt.

Die Spende ist unter die Bedürftigsten des Amtsbezirks verteilt worden, und zwar erhielten die bedürftigen Familien je 3,— RM. und die Ledigen je 1,50 RM. Die Geldspenden wurden in Form von Gutscheinen ausgegeben. Die Lebensmittel wurden darüber hinaus als besondere Zusatzunterstützung an die kinderreichen Familien zur Verteilung gebracht.

Allen Spendern, insbesondere auch jenen, die ihren letzten Notgroschen im Interesse der sozialen Sache hingegeben haben, dankt von ganzem Herzen im Namen des Sammelausschusses: Dr. Huttel, Vorsitzender.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

WALTER FILLIES
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Reparaturen
preiswert u. sauber
Bielefeld, Gütersloherstr. 40a
Gegenüber Bethel-Eingang

Suche z. 1. 5. od. spät. kräftig., tücht.
Alleinmädchen
mit Kochkenntnissen. Zeugnisabschriften und Bild an
Frau Reg.-Rat Kannenberg-Fischer, Frankfurt-O., Zimmerstr. 2.

Zum Muttertag
empfehlen wir unser vierseitiges Flugblatt
„Wenn du noch eine Mutter hast"
aus der Reihe der Betheler Flugblätter.
Das Stück kostet 1/2 Pfennig.
Bei Abnahme von 500 Stck. ist die Zusendung portofrei.
Bestellungen von Probenummern wolle man richten an die
Schriftenniederlage der Anstalt Bethel
Postscheckkonto Hannover 49657

Freude ins Haus
bringt ein **Photo-Apparat!**
Photo-Arbeiten — Qualitäts-Ausführung
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Bethel.

Christl. Verein junger Mädchen. Dienstag: Bethelgruppenabend, ältere Abteilung, Sareptaweg 6.

— **Christlicher Verein junger Männer.** Heute Montag 8¼, bezw. 8¾ Uhr die Chöre im Assapheum, Jünglingssaal. 3. Bd. Posaunenbuch.

Dienstag **8 Uhr** (nicht 8¼ Uhr) Generalversammlung in Gosen. Tagesordnung siehe April-Monatsplan.

— Mittwoch, den 26. 4. 3¼ Uhr Frauenhilfe. Frau Prof. Hahn, Gütersloh, wird sprechen über: **„Die Verantwortung der Frau im Geisteskampf der Zeit."**

— **Bethel-Orchester.** Das wegen Grippe am 25. Januar ausgefallene Konzert findet nun am Mittwoch, den 26. April, im Assapheum statt.

Die Bethelgemeinde wird hierzu herzlich eingeladen.